

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 11. Mai 2026
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

A 761 Anfrage Lichtsteiner Eva und Mit. über den Preisanstieg im öffentlichen Verkehr / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Die Anfrage A 761 wurde auf die Mai-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Eva Lichtsteiner hält an der Dringlichkeit fest.

Eva Lichtsteiner: Wie oft betonen wir die Bedeutung des öffentlichen Verkehrs (öV), den wir insgesamt stärken wollen? Die angekündigte Preissteigerung der öV-Tickets führt aber direkt zum Gegenteil. Das wirkt sich nicht nur negativ auf die Attraktivität des öV aus, sondern auch auf verschiedene kantonale Zielerreichungen. Eine weitere, hohe politische Relevanz ergibt sich aus der Tatsache, dass aufgrund der steigenden Benzinpreise wegen des Iran-Krieges ein möglichst attraktives und somit kostengünstiges öV-Angebot zur Verfügung stehen muss, damit auf Bus und Bahn umgestiegen werden kann. Aktuell droht genau das Gegenteil einzutreffen. Das können wir nicht einfach hinnehmen, sondern in der momentanen Lage braucht es dringend Antworten, Debatten und Druck. Das Anliegen erträgt keinen Aufschub, weil der Kanton Luzern die Hebel jetzt in Bewegung setzen muss. Das heisst in dem Zeitfenster, in welchem er als wichtiger Akteur und Mitentscheider noch Einfluss auf die Preisgestaltung nehmen kann, beispielsweise mit kantonalen Ticketvergünstigungen. Wenn wir diesen Vorstoss in einer folgenden Session behandeln, ist dieses Zeitfenster möglicherweise bereits geschlossen. Alle weiteren Dringlichkeitskriterien sind erfüllt. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Sarah Bühler-Häfliger: Das Anliegen erträgt keinen Aufschub. Der Kanton Luzern muss alle Hebel in Bewegung setzen, um die Preiserhöhungen im öV abzufedern. Der Kanton Luzern hat Einfluss und wir können selbst Massnahmen für eine Abfederung der steigenden Ticketpreise bestimmen. Wir haben die unpünktlichsten Busse, das Benzin wird teurer und wenn die Ticketpreise ebenfalls noch steigen, wird es weniger attraktiv, den öV zu benutzen. Das ist von hohem politischem Gewicht und duldet keinen Aufschub. Wir müssen jetzt diskutieren, welche Möglichkeiten wir haben, um die Preiserhöhung Ende Jahr abfedern zu können. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Die Anfrage zielt auf ein wichtiges Thema. Die Zuständigkeit liegt aber bei den Tarifverbänden, zu denen die Transportunternehmen, aber auch der Verkehrsverbund Luzern (VVL) gehören. Insofern liegt die Zuständigkeit nicht beim Kanton Luzern, sondern beim Tarifverband. Aus Sicht des Regierungsrates ist die Dringlichkeit gemäss den Kriterien Ihres Rates nicht gegeben. Wir bitten Sie, die Dringlichkeit abzulehnen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 87 zu 29 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.